

Große Anfrage der Fraktion der SPD**Öffentliche Aufträge mit Beschäftigungsförderung verknüpfen**

Trotz konjunkturellen Aufschwungs ist in Bremen und mehr noch in Bremerhaven die Zahl der Arbeitslosen überdurchschnittlich hoch geblieben. Mit einem Anteil von rund 40 % hat sich insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit in beiden Städten verfestigt. Es besteht somit dringender arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf. Dessen ungeachtet hält die Bundesregierung an ihrer Politik der Mittelkürzung für aktive Arbeitsmarktpolitik fest und konzentriert diese auf Arbeitslose mit vergleichsweise guten Chancen auf Rückkehr in reguläre Beschäftigung. Zusätzlich drohen ab 2013/2014 Einschnitte bei der EU-Förderung. Diese Kürzungen kann kein Land kompensieren, schon gar nicht das Haushaltsnotlagenland Bremen. Vor diesem Hintergrund sind innovative arbeitsmarktpolitische Ansätze erforderlich, die auch marktfernen Arbeitslosen realistische Perspektiven auf sozialversicherungspflichtige Arbeit eröffnen.

Ein andernorts bereits erfolgreich beschrittener Weg sind betriebsnahe Beschäftigungsmaßnahmen, die, soweit es sich um marktfähige Tätigkeiten handelt, sozialversicherungspflichtig auszugestalten sind. Im Kern geht es darum, öffentlich geförderte Beschäftigung stärker mit Tätigkeiten, z. B. von Handwerksbetrieben, zu verzahnen. Unter Nutzung der Erfahrung anderer Kommunen sollen Modelle entwickelt werden, bei denen öffentliche Hand und Betriebe (zusätzliche) kommunale Aufträge gemeinsam abwickeln und so Arbeitsmarktpolitik sinnvoll mit sozialer Stadtgestaltung verbindet. Die direkte Einbindung Langzeitarbeitsloser in betriebliche Abläufe verspricht gute Erfolge bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Dabei ist sicherzustellen, dass die öffentliche Förderung keine Wettbewerbsverzerrung zugunsten beteiligter Firmen bewirkt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie könnten in Bremen und Bremerhaven öffentliche Aufträge im oben beschriebenen Sinne für die Beschäftigungsförderung Langzeitarbeitsloser genutzt werden?
2. Wie kann die hierfür erforderliche Zusammenarbeit von Unternehmen und Beschäftigungsträgern konkret gestaltet werden?
3. Mit welchen Akteuren und in welchem Zeitrahmen kann ein solches kooperatives Arbeitsmarktinstrument im Land Bremen realisiert werden?
4. Wie viele Arbeitslose könnten davon in Bremen und in Bremerhaven profitieren?
5. Wie hoch wäre der Finanzbedarf, und wie könnten die erforderlichen Mittel aufgebracht werden?
6. Wann könnte dieses neue Instrument im Land Bremen eingesetzt werden?

Dieter Reinken,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD